

Bürgergesellschaft Rheinland-Pfalz: Eine landespolitische Strategie

Frank W. Heuberger

Das Thema »Bürgerschaftliches Engagement« hat mit der Jahrtausendwende in der öffentlichen politischen und wissenschaftlichen Diskussion eine enorme Aufwertung erfahren. Dies gilt auch für Rheinland-Pfalz, wo Kurt Beck als Ministerpräsident jenseits der sonst üblichen politischen Rhetorik schon früh dem Leitbild Bürgergesellschaft durch konkrete, realistische Maßnahmen und Programme Gestalt zu geben bemüht war. Trotz engagementpolitischer Wellenbewegungen auf Bundesebene ist es in Rheinland-Pfalz gelungen, einen Kurs beizubehalten, der Kontinuität und schrittweisen Bedeutungszuwachs bürgerschaftlichen Engagements in der Politik des Landes verbindet. Charakteristisch für die Entwicklungen ab 2007 ist die Tatsache, dass im Kontext der Debatte um die Zukunft der Bürgergesellschaft nunmehr auch verstärkt Aspekte und Möglichkeiten politischer Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an sie betreffenden Angelegenheiten an Bedeutung gewinnen. Engagementförderung und Bürgerbeteiligung werden als zwei Seiten ein und derselben Medaille verstanden und verdichten sich zu einer landespolitischen Strategie, die die Herausbildung einer rheinland-pfälzischen Engagement- und Demokratiep politik – als eigenständiges Politikfeld – erkennen lassen.

Dass Engagementförderung zur »Chiefsache« erklärt wurde, findet seinen institutionellen Ausdruck mit der im Jahr 2006 in der Staatskanzlei eingerichteten »Leitstelle Koordination und ressortübergreifende Vernetzung von bürgerschaftlichem Engagement und Ehrenamt« (kurz Leitstelle Bürgergesellschaft und Ehrenamt). Die Leitstelle hat den Auftrag, die Vernetzung und Koordinierung von Programmen der Landesregierung zur Förderung von Ehrenamt und Bürgerengagement voranzutreiben und den Dialog mit und in der Zivilgesellschaft in Rheinland-Pfalz zu intensivieren. Zu ihren Aufgaben gehören die Organisation und Durchführung zentraler Veranstaltungen und Kongresse, die Kooperation mit den Sozialverbänden, den kommunalen Spitzenverbänden, den Gewerkschaften, Kulturverbänden und Kirchen ebenso wie die Zusammenarbeit mit der Landesvereinigung Rheinland-pfälzischer Unternehmensverbände und Unternehmen des Landes in allen Fragen gesellschaftlichen Engagements. Die »Leitstelle Bürgergesellschaft und Ehrenamt« ist Servicestelle und Ansprechpartnerin für Organisationen und Bürger und Bürgerinnen rund um die Themen Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement. Sie ist verantwortlich für die Koordination und Bündelung der verschiedenen Aktivitäten und

Vorhaben des Landes zur Förderung des Ehrenamtes sowie der Stärkung von Teilhabe- und Mitbestimmungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger.

Zur Umsetzung dieser Aufgaben bedarf es sowohl einer verlässlichen Förderung von Bürgerbeteiligung und bürgerschaftlichem Engagement in den Fachressorts als auch einer ressortübergreifenden Bündelung, Vernetzung und Strategieentwicklung. Auf beiden Ebenen haben in den vergangenen Jahren beachtliche Prozesse stattgefunden und damit erstmals Konturen einer ganzheitlichen rheinland-pfälzischen Engagementpolitik sichtbar werden lassen.

Engagementförderung und Bürgerbeteiligung

Die Politik der Landesregierung zur Förderung von Bürgerengagement und Bürgerbeteiligung erfährt eine hohe Akzeptanz und Wertschätzung sowohl seitens der Bürgerinnen und Bürger, der zivilgesellschaftlichen Organisationen als auch auf der politischen Ebene. Besonders deutlich wurde dies in der Sitzung des Landtages am 27.09.2007, in der sich das Parlament mit dem Thema Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement auseinandersetzte. In dem Beschluss zum fraktionsübergreifenden Antrag der Fraktionen der SPD, der CDU und der FDP »Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement in Rheinland-Pfalz – Qualifikationen und Kompetenzen in Engagement und Ehrenamt anerkennen« hebt der Landtag die große Bedeutung des Ehrenamtes für den Erhalt unserer freiheitlichen und solidarischen Gesellschaft hervor und würdigt das Engagement der Bürgerinnen und Bürger. Der Landtag begrüßte die vielfältigen Aktivitäten und Projekte der Landesregierung zur Ausgestaltung einer aktiven Bürgergesellschaft und zur Stärkung des Ehrenamtes, wie insbesondere die Einführung der Haftpflicht- und Unfallversicherung für freiwillig Engagierte, die Stärkung von Beteiligungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger an künftigen Reformvorhaben sowie die Einrichtung der »Leitstelle Bürgergesellschaft und Ehrenamt« in der Staatskanzlei mit ihren Aufgaben der ressortübergreifenden Abstimmung und Koordination. Ausgehend von der Anerkennung der bisherigen Aktivitäten des Landes fordert der Landtag die Landesregierung auf, den begonnenen Weg der Förderung von Ehrenamt und bürgerschaftlichem Engagement konsequent fortzusetzen.

Als Aufgaben von besonderer Bedeutung nennt der Landtag die weitere Verbesserung der Rahmenbedingungen freiwilligen Engagements, die Fortentwicklung einer Anerkennungskultur, die Etablierung des eingeführten Engagement- und Kompetenznachweises, die Unterstützung der Kommunen bei der Einrichtung von Anlaufstellen für bürgerschaftliches Engagement, die Integration eines Moduls »Bürgerbeteiligung« in der Verwaltungsausbildung sowie die Verankerung bürgerschaftlichen Engagements als Bildungsziel in der Schule.

Der fraktionsübergreifende Antrag wurde einstimmig vom Landtag angenommen und signalisiert damit einen parteiübergreifenden Konsens. Für die künftigen Aktivitäten und Vorhaben der Engagementförderung gibt er zentrale Punkte der Agenda vor.

Ausgehend von positiven Ressortenerfahrungen mit Bürgerbeteiligung und der Überzeugung, dass eine Einbindung der Menschen in landespolitische Entscheidungen Akzeptanz, Effizienz und Nachhaltigkeit von Politik erhöhen können, hat sich schrittweise eine Öffnung vollzogen, die sich von Veranstaltungen mit Einmalcharakter hin zur Verstetigung von Beteiligungsprozessen und dem Ausbau einer Beteiligungskultur beschreiben lässt. Insgesamt ist zu erkennen, dass nicht nur großes Interesse, sondern auch ein klarer politischer Wille der Landesregierung besteht, Bürgerengagement und Bürgerbeteiligung kontinuierlich zu fördern und auszuweiten. Engagement- und Demokratiepoltik werden dabei konzeptionell immer enger miteinander verknüpft und sind in diesem Sinne fester Bestandteil der Landespolitik geworden.

Vom bürgerschaftlichen Engagement über (politische) Bürgerbeteiligung hin zu einer integrativen Beteiligungskultur im Lichte des Leitbilds Bürgergesellschaft ist es kein automatischer Prozess. Vielmehr verlangt es von der Politik eines Landes immer wieder neue Anläufe zu nehmen und die Bürgerinnen und Bürger zu ermuntern, sich verstärkt in bestehende Programme und Beteiligungsmöglichkeiten auf Landes- und Kommunalebene einzubringen. Zugleich muss die Politik aber auch offen sein für die Impulse aus der Zivilgesellschaft, muss diese aufnehmen und im Sinne der Förderung gesellschaftlicher Selbstorganisation und Verantwortungsübernahme in die Gestaltung von Politik einbeziehen. Erst allmählich wächst hier die Einsicht auf Seiten des Staates, dass eine starke Zivilgesellschaft auch den Staat in seiner Rolle und seinen Aufgaben zu stärken vermag. So wie der Staat auf eine lebendige Zivilgesellschaft angewiesen ist, so braucht die Zivilgesellschaft für ihre Entfaltung einen starken Staat.

Leitbild Bürgergesellschaft

Aus dem Leitbild Bürgergesellschaft lassen sich eine Fülle von Schlussfolgerungen und Konsequenzen ableiten, sowohl für staatliches Handeln, Unternehmen als auch die Zivilgesellschaft. Bürgergesellschaft beschreibt eine gesellschaftliche Lebensform, in der sowohl den bürgerschaftlich Engagierten als auch ihren vielfältigen Vereinigungen mehr Raum für Selbstbestimmung und Selbstorganisation gegeben wird. Daher verlangt dieses Modell auch, dass sich staatliche Institutionen, Verbände und Wirtschaftsunternehmen für bürgerschaftliche Mitwirkung öffnen, bürgerschaftliche Verantwortung teilen und mittragen sowie neue Formen der Zusam-

menarbeit und Partnerschaft über die Grenzen der gesellschaftlichen Sektoren hinweg entwickeln (vgl. Enquete-Kommision 2002).

Jenseits einzelner Empfehlungen zur Förderung und zur Stärkung von Programmen und Projekten mehrsektoraler Kooperationen ist zuallererst die Notwendigkeit eines radikalen Perspektivenwechsels der Akteure aller drei Sektoren erforderlich. Eine neue gesellschaftliche Verantwortungsbalance wird es nur dann geben können, wenn sowohl Staat als auch Wirtschaft und Zivilgesellschaft bereit und in der Lage sind, die Perspektive der jeweils anderen Sphären einzunehmen, ihre Eigenlogik zu verstehen und anzuerkennen. Keine Sphäre darf dabei ihr Selbstverständnis und ihre handlungsleitenden Prinzipien zum alleingültigen Maßstab erheben. Vielmehr ist es erforderlich, die legitimen Ansprüche jeder Sphäre diskursiv zu prüfen und eigene Interessen mit Blick auf das Wohl der Gesamtgesellschaft zu relativieren. Soll die Vision einer aktiven Bürgergesellschaft nicht auf der Ebene politischer Rhetorik verharren, sondern alltägliche Realität werden, so bedarf es gleichwohl auf allen föderalen Ebenen von staatlichen, zivilgesellschaftlichen und wirtschaftlichen Akteuren sehr konkreter Anstrengungen. Hierbei kann Rheinland-Pfalz auf einer soliden Basis aufbauen und an bestehenden bereits etablierten Strukturen anknüpfen.

Autor

Dr. Frank W. Heuberger ist Leiter der »Leitstelle Bürgergesellschaft und Ehrenamt« in der Staatskanzlei Rheinland-Pfalz. Zu seinen Schwerpunkten gehören u.a. Analysen zum sozialen Wandel, Modelle politischer Partizipation auf kommunaler Ebene, Corporate Citizenship und Perspektiven der Bürgergesellschaft auf europäischer Ebene. Von 1990 bis 1995 lehrte Frank W. Heuberger als Assistant Professor of Sociology an der Boston University, USA und arbeitete als Research Associate am Institute for the Study of Economic Culture (ISEC). Frank W. Heuberger ist der Vertreter des Bundes, der Länder und Kommunen im Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement (BBE) und Mitgründer des Centrums für Corporate Citizenship Deutschland e.V. (CCCD).

Kontakt:

STAATSKANZLEI RHEINLAND-PFALZ

Peter-Altmeier-Allee 1

55116 Mainz

Tel.: (0 61 31) 16-42 47

Fax: (0 61 31) 16-40 80

frank.heuberger@stk.rlp.de

www.stk.rlp.de

www.wir-tun-was.de

Redaktion Newsletter

Stiftung MITARBEIT

Wegweiser Bürgergesellschaft

Redaktion Newsletter

Bornheimer Str. 37

53111 Bonn

E-Mail: newsletter@wegweiser-buergergesellschaft.de